

DEUTSCHER GERICHTSVOLLZIEHER BUND  
Landesverband Nordrhein-Westfalen e.V.

---

DGVB LV NW \* Iltisweg 3 \* 59759 Arnsberg

Herrn Präsident des  
Landtags Nordrhein-Westfalen  
Platz des Landtages 1  
40221 Düsseldorf

**Vorsitzender: Frank Neuhaus**

Iltisweg 3, 59759 Arnsberg  
Tel. 02932/202378, Fax 02932/202379  
Mobil 0171/ 54 63 536  
vorsitz.nrw@gerichtsvollzieherbund.de

**stellv. Vorsitzende: Bettina Marchlewski**  
DGVB@gmx.de

**Geschäftsführer: Stephan Piel**  
ogvpiel@netcologne.de

**Schatzmeisterin: Silke Severin**  
silke\_severin@web.de

Arnsberg, 10.10.2023

**Attraktivitätsoffensive für den Öffentlichen Dienst – Antrag der FDP,  
Drucksache 18/4571  
Anhörung des Unterausschusses Personal am 17.10.2023**

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Deutsche Gerichtsvollzieherbund Landesverband Nordrhein-Westfalen unterstützt die Forderung nach einer Attraktivitätsoffensive für den Öffentlichen Dienst.

Auch im Gerichtsvollzieherdienst wird es immer schwieriger **geeignete** Bewerberinnen und Bewerber für den Gerichtsvollzieherberuf zu finden.

Nicht nur, weil die justizinternen möglichen guten Bewerberinnen und Bewerber einfach nicht mehr da sind, sondern auch, weil die Justizverwaltung wissentlich die Attraktivität des Berufsbildes sprichwörtlich ‚vor die Wand fährt‘.

Als ein Beispiel sei hier die Abwälzung der Kosten für die Einrichtung des elektronischen Rechtsverkehrs in die Privatgeldbörsen der Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher. Diese Vorgehensweise war bereits Gegenstand einer Anhörung im Rechtsausschuss am 22.08.2023.

---

Die Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher werden verpflichtet anfallende Bürokosten, die durch die Einrichtung des elektronischen Rechtsverkehrs entstehen auf eigene Kosten zu tragen, obwohl diese Kosten bei der Berechnung der Bürokostenentschädigung der Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher im Jahre 2015 noch nicht absehbar waren und deshalb auch nicht in der heutigen Entschädigung enthalten sein können. Die aktiven Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher geben diese Vorgehensweise der Justizverwaltung selbstverständlich an potentielle Bewerberinnen und Bewerber weiter. Diese ‚Werbung‘ wird sicherlich nicht dazu führen, dass der Beruf als attraktiv dargestellt wird.

Die Landesregierung sollte wieder verlässlicher Arbeitgeber für die Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher werden. Dies ist zur Zeit nicht der Fall. Vielmehr rechnet jeder aktive Gerichtsvollzieher täglich damit, dass von der Justizverwaltung wieder ein neues Feld aufgemacht wird, wo man versucht seine Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher ‚hinter die Fichte‘ zu führen.

Gemeinsam und auf Augenhöhe nach Lösungswegen zu suchen und den Beruf attraktiv darstellen ist die Lösung. Die müsste bei einer eher kleinen Berufsgruppe ohne viel Mühe möglich sein.

Mit freundlichen Grüßen



(Frank Neuhäus)

Landesverbandsvorsitzender